

1381/AB XX.GP

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Univ. Prof Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien
Wien, 19.Dezember 1996

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr.1411/J-NR/96 betreffend die Finanzierung der Ausstellung über die "Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", die die Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und FreundInnen am 30. Oktober 1996 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet :

1. Welche Mittel und Instrumente sieht das Unterrichtsministerium in seinem Verantwortungsbereich als sinnvoll an, um die Jugend vor Verleitung durch Rechtsextremisten, Rassisten und Kriegsverherrlichern zu bewahren?
2. Halten Sie kontroverisierte öffentliche Diskussionen zu Themen wie der oben genannten Ausstellung als kontraproduktiv und sehen Sie Anlaß die Jugend vor Informationen über Verbrechen, die zum Teil auch von Österreichern begangen wurden, zu schützen?

Antwort:

In diesem Zusammenhang möchte ich zunächst auf die Ausstellung "Kunst und Diktatur" (Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922 bis 1956) verweisen. Mit dieser vom 28. März bis zum 15. August 1994 im Wiener Künstlerhaus gezeigten Ausstellung hat mein Ressort die Unterdrückung der künstlerischen Freiheit und damit der gesamten Grund- und Freiheitsrechte durch den Nationalsozialismus und die verschiedenen totalitären Regime dieses Jahrhunderts ausführlich behandelt. Hierbei wurde insbesondere die Perversion der Kunst zum Instrument der Machterhaltung und zum Bestandteil einer verlogenen Propagandamaschinerie im Dienste eines verbrecherischen, rassistischen und zutiefst inhumanen Regimes dargestellt. Diese Ausstellung wurde in der ausdrücklichen Absicht vorbereitet und durchgeführt, um insbesondere die Jugend über die

unvorstellbaren Greuel und Verbrechen jener Jahre aufzuklären und solcherart einen Beitrag zur Immunisierung unserer Jugend gegenüber totalitären und rechtsextremen Strömungen zu leisten. Des weiteren unterstützt das Ressort Informationsveranstaltungen und Ausstellungen zu den genannten Themen durch die österreichweite Einladung der Schulen (z.B. Anne-Frank-Ausstellung) und durch die Vermittlung von Referenten.

Öffentliche Diskussionen bieten im Sinne des Unterrichtsprinzips Politische Bildung die Möglichkeit, sich mit in der Gesellschaft vorhandenen Kontroversen und Interessenkonflikten auseinanderzusetzen und zu mündigen Entscheidungen zu befähigen.

Dabei zeigt sich immer wieder, daß die österreichische Zeitgeschichte sowohl ein wichtiges Thema des österreichischen Selbstverständnisses ist als auch des Bildes Österreichs im Ausland.

3. Wieviele Schulklassen hatten bisher Gelegenheit diese Ausstellung zu besuchen?
4. Wieviele Schulklassen bzw. deren LehrerInnen, schätzen Sie, hätten Interesse diese Ausstellung noch zu besuchen?

Antwort:

Nach Auskunft der Veranstalter haben in Wien ca. 100, in Klagenfurt ca. 150 und in Innsbruck ca. 80 Schulklassen die Ausstellung besucht. Auch für andere Landeshauptstädte sind vergleichbare Zahlen zu erwarten.

Die Ausstellung in Klagenfurt, Innsbruck und Wien wurde von insgesamt 35.000 Menschen besucht.

5. Unterstützt das Unterrichtsministerium Vorhaben von LehrerInnen, die Ausstellung mit ihren Klassen zu besuchen? Wenn ja, in welcher Weise?

Antwort:

Um den Schulen in Österreich die Möglichkeit einer wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung zu bieten, wurde schon bisher seitens meines Ressorts das Buch "ÖsterreicherInnen und der Zweite Weltkrieg" (1989) zur Verfügung gestellt.

Im Hinblick auf die aktuelle Ausstellung werden zusätzlich folgende Publikationen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung auf LehrerInnenebene verfügbar gemacht:

- Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht - Fakten, Analysen, Debatte, ZEIT-Punkte Nr. 3/1995 (= Sonderdruck der Wochenzeitung DIE ZEIT);
- Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, hergestellt

vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996.

Über die Ausstellung in Linz und das Begleitprogramm wurde vom Landesschulrat für Oberösterreich im Verordnungsblatt Nr. 24 vom 21. November 1996 informiert. Auch der Stadtschulrat für Wien hat 1995 die Schulen von der Ausstellung in Kenntnis gesetzt (Zl. 000 026/60/95 vom 14. August 1995). In Klagenfurt gab es seitens meines Ressorts eine finanzielle Unterstützung für eine themenbezogene Veranstaltung mit ZeitzeugInnen.

6. Sieht das Unterrichtsministerium Ausstellungen dieser Art im ausschließlichen Interesse von Privatpersonen und sollten diese daher auch privat finanziert werden, oder erachtet das Unterrichtsministerium solche Veranstaltungen im Interesse der Öffentlichkeit?

7. Hat das Unterrichtsministerium die Ausstellung bisher in irgendeiner Weise unterstützt?

a) Wenn ja, wie lautet der Bericht?

b) Wenn nein, warum nicht?

8. Hat das Unterrichtsministerium vor, die Ausstellung in Zukunft in irgendeiner Weise zu unterstützen?

Antwort:

Bis dato ist kein Förderungsansuchen seitens der Organisatoren in meinem Ressort eingelangt.

9. Plant das Unterrichtsministerium, Kataloge der Ausstellung zur Information von Schulklassen, die die Ausstellung nicht besuchen können, anzukaufen?

10. Plant das Unterrichtsministerium in irgend einer anderen Weise das Material, das für die Ausstellung zusammengestellt wurde, für den Lehrbetrieb zu nützen und entsprechende Unterrichtshilfen zu erstellen? Wie lautet der Bericht?

Antwort:

Die Beschäftigung mit diesem Thema muß von den jeweiligen Lehrern auf die Erfordernisse der Schüler didaktisch abgestimmt werden. Zur Vorbereitung des Unterrichts können interessierten Lehrerinnen die angeführten Kataloge bzw. Broschüren zur Verfügung gestellt werden.

Die Bundesministerin: